



Foto: ddp

„Verantwortung übernehmen“

Der diesjährige Deutschlandtag der Jungen Union fand unter dem Motto „Verantwortung übernehmen“ statt und befasste sich schwerpunktmäßig mit den Themen Familie und Arbeit.

Die Zukunft der jungen Generation in Deutschland stand im Mittelpunkt der Gastrede der Vorsitzenden

der CDU Deutschlands Angela Merkel. „Wir wollen Politik, bei der Ihre Kinder sagen: Uns geht es genauso gut wie unseren Eltern“, resümierte die Bundeskanzlerin den Standpunkt der Union in der Großen Koalition. Zum Thema Familienpolitik sagte sie, dass die Familie der Ort bleibe, an dem Kinder Werte vermittelt ►

INHALT

Grundsatzprogramm-Zwischenbericht „Grundsätze für Deutschland“
Seite 4–6

Volker Kauder:
Stärkster Konjunkturaufschwung seit sechs Jahren
Seite 7

Sicherheitspolitik: Weißbuch vorgelegt
Seite 8

HEUTE AKTUELL

■ Ronald Pofalla: Weißbuch ist ein Erfolg von Verteidigungsminister Jung (Seite 9) ■ Hans-Gert Pöttering: Ungarnaufstand 1956 – Revolution der Freiheit (Seite 10) ■ Annette Schavan: Deutschland braucht Spitzenuniversitäten (Seite 11-12) ■ Neue Wege zum besseren Opferschutz (Seite 13) ■ Peter Weiß: Rente mit 67 kommt Schritt für Schritt (Seite 14) ■ Jochen-Konrad Fromme im Amt bestätigt (Seite 15) ■ Otto Bernhardt: Reform der Erbschaftsteuer auf dem Weg (Seite 16-17) ■ Ilse Aigner: Dynamik der Exzellenzinitiative weitertragen (Seite 17) ■ Peter Bleser, Johannes Röring: Klares Bekenntnis zu Biokraftstoffen (Seite 17-18) ■ Joachim Pfeiffer: Fraktion steht hinter den Glos-Plänen (Seite 18)

► bekommen. Das könne der Staat nicht leisten. Jedoch dürften Staat und Gesellschaft nicht wegschauen, wenn es zu Fällen von Verwahrlosung komme. Sie forderte ein höheres Maß an Mitleben und Mitfühlen sowie Strukturen, um solchen Eltern und Kindern zu helfen und betonte: „Uns darf kein Kind verloren gehen.“

Angela Merkel warnte davor, die ältere Generation höher zu belasten. Es werde dieser ohnehin schon viel zugemutet, da die Renten in den vergangenen Jahren nicht gestiegen seien. Außerdem dürfe man nicht hinnehmen, dass Menschen mit 50 bis 55 Jahren zu alt für den regulären Arbeitsmarkt seien, so die Parteivorsitzende. Sie forderte diesbezüglich einen Mentalitätswechsel auch in der Wirtschaft.

Auf breite Zustimmung der JU-Delegierten stieß der Standpunkt der Kanzlerin, dass es „falsch“ sei, „Kernkraftwerke abzuschalten, nur weil dies so vereinbart wurde“. Allerdings sehe die

SPD das anders, fügte sie hinzu. Dies dürfe aber nicht davon abhalten, sich um die Energiepolitik für die nächsten 15 Jahre zu kümmern. Dabei gehe es auch um Kohle, erneuerbare Energien und verstärkt um das Energiesparen.

Deutlich legte die Bundeskanzlerin vor dem Parteinchwuchs die Vorteile der Gesundheitsreform dar: erstmals werde für die Behandlung einer Krankheit bundesweit das gleiche ausgegeben, erstmals würden Ausgabensteigerungen vom Faktor Arbeit abgekoppelt, erstmals werde die Krankenversicherung für Kinder auch aus Steuermitteln finanziert und erstmals werde transparent, welche Krankenkasse effizient arbeite und welche nicht. „Dies wird den Wettbewerb zwischen den Kassen beleben“, kündigte Merkel an.

Im Hinblick auf die geplante Rente mit 67 und den Konsolidierungskurs der Regierung erklärte sie, dass die Politik sich danach ausrichten müsse, dass nicht Zukunft schon in der Gegen-

IMPRESSIONUM

UD

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhoeferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-2 2070-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02 226-8 02-0, Telefax 02 226-8 02-111-333, Vertrieb: Telefon 02 226-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Köln/Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Wart verbraucht werde. Der von der jetzigen Koalition vorgenfundene Haushalt sei das „glatte Gegenteil“ davon gewesen, so die Bundeskanzlerin. Sie fügte hinzu, dass es ohne die Union die Schritte zur Sanierung des Haushaltes nicht gegeben hätte und warf der FDP „Heuchelei“ vor, wenn sie die Rente mit 67 Jahren ablehne.

Ihr Verhältnis zur CDU sehe die Junge Union als „unbequem aber loyal“ an, versicherte der JU-Vorsitzende Philipp Mißfelder. Er sicherte der Bundeskanzlerin die Unterstützung der Jugendorganisation zu und versprach: „Sie haben die JU fest an Ihrer Seite, Sie können sich auf uns verlassen.“

Philipp Mißfelder war zuvor auf dem Parteitag mit 84,5 Prozent im Amt bestätigt worden. Er steht seit 2002 an der Spitze der Jungen Union. Außerdem wiedergewählt wurden Johannes Pöttering, André Stolz und Nadine Pallas als stellvertretende Bundesvorsitzende sowie Daniel Walther als Schatzmeister.

Rund tausend Delegierte widmeten sich in Wiesbaden drei Tage lang den ak-

Verantwortung übernehmen.



JU-Vorsitzender Philipp Mißfelder

tuellen Herausforderungen der jungen Generation, die z. B. aus unsicherer werden den Lebensperspektiven, der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der zunehmenden Schwierigkeit für viele Jüngere, nach Ausbildung oder Studium einen festen Arbeitsplatz zu finden, resultieren. Inhaltlichen Schwerpunkt bildete dabei die Diskussion des Leitantrages „Verantwortung übernehmen. Die Zukunft von Familie und Arbeit“. Der Fokus wurde bewusst auf die Lebenskreise Arbeit und Familie als die zentralen Themen für die junge Generation gelegt. Ange sichts der aktuellen Dis

kussionen um die fehlende soziale Teilhabe vieler Menschen sowie die wachsende Kinderarmut gewinnt für die Junge Union diese Zukunftsfrage immer mehr an Bedeutung.

Als Gastredner konnte die Junge Union neben der Bundeskanzlerin auch den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch sowie die Bundesminister Michael Glos und Franz Josef Jung begrüßen.

JU-Chef Philipp Mißfelder zeigte sich mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Wiesbadener Deutschlandtages zufrieden: „Die Junge Union hat sich als konstruktiver Diskussionspartner und Reformmotor für die gesamte Union präsentiert. Dies ist auch unser Anspruch für die kommenden Jahre, in denen wir als Anwalt für die Interessen der jungen Generation eintreten werden.“

Eine Begleitbroschüre zum Deutschlandtag 2006 der Jungen Union sowie weitere Informationen finden Sie unter www.junge-union.de.



Grundsatzprogramm

Grundsätze für Deutschland

Der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommision, Generalsekretär Ronald Pofalla, hat einen ersten Zwischenbericht der parteiinternen Debatte präsentiert.

Ihm gehe es vor allem um zwei Ziele, sagte der CDU-Generalsekretär: Zum einen solle „das künftige Programm der CDU nicht nur Reformen beschreiben, sondern die Maßnahmen von unserer Identität, von unseren Grundsätzen ableiten“. Dies werde sich konkret auf die Formulierung des nächsten Wahlprogramms auswirken, betonte Pofalla. Zum anderen gehe es ihm darum, die Mitglieder aktiv in die Grundsatzprogramm-Debatte einzubeziehen. Denn der „Weg ist das Ziel“.

Christliches Menschenbild – ein wertvoller Schatz

Bei der Vorstellung der beiden Impulspapiere zur „Identität der CDU“ und zur Bedeutung der Familie wies der Generalsekretär darauf hin, dass die CDU mit dem christlichen Menschenbild einen „wertvollen Schatz“



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

besitze. Es gehe mit einem freien, verantwortlichen, selbstständigen und solidarischen Menschen einher. Auch die Grundwerte der Partei – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – leiteten sich aus dem christlichen Menschenbild ab. In diesem Zusammenhang sprach sich Pofalla für eine Stärkung des Grundwerts der Freiheit aus. Schließlich bedeute Freiheit nicht Egoismus, sondern umfasse immer auch die Verantwortung für den Mitmenschen. Gleichzeitig stellte er jedoch klar, dass es „keine Hierarchie der Grundwerte“ gebe. Sie ständen vielmehr nebeneinander und wirkten aufeinander ein.

Das Impulspapier zur Identität mit dem Titel „Wir christliche Demokraten“ unterscheide sich in einigen Punkten von den Grundsatzprogrammen von 1978 und 1994, sagte der Generalsekretär weiter. Neben der Betonung des christlichen Menschenbildes stehe jetzt die Einladung an Andersgläubige und Nichtgläubende, in der CDU aktiv mitzuarbeiten, sofern sie die Grundüberzeugungen christlich-demokratischer Politik bejahen. Zudem soll der Leistungsgedanke gestärkt werden. Auch das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit wurde berücksichtigt.

Bekenntnis zum Ehegattensplitting

Die Grundsatzprogramm-Kommision bekennt sich in ihrem Impulspapier ausdrücklich zum Ehegattensplitting. Zugleich übernimmt sie die Definition von Familie, die bereits der Bundesausschuss zur Familienpolitik vom Dezember 1999 verabschiedet hatte: „Familie ist da, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern



dauerhaft Verantwortung übernehmen". Im Ergebnis führe diese Definition zur Erweiterung des Ehegattensplittings zum Familien-splitting.

Obwohl es um dieses Vorhaben Diskussionen in der CDU gegeben habe, bestehe über diesen Punkt inzwischen unter allen 69 Mitgliedern der Grundsatzprogramm-Kommission Einvernehmen, unterstrich Pofalla. Er verwies auch auf ein Treffen des CDU-Präsidiums mit der Deutschen Bischofskonferenz unter der Leitung von Kardinal Karl Lehmann kurz zuvor, in dem dieses Thema sehr offen und konstruktiv diskutiert wurde. Außerdem will die

CDU festschreiben, dass der Kindergartenbesuch mittelfristig beitragsfrei angeboten wird.

Des Weiteren präsentierte der Generalsekretär Beispiele aus der Grundsatzprogramm-Arbeit: Danach hat sich die Kommission darauf verständigt, dass die Zusagen eingehalten werden, die den neuen Ländern im Hinblick auf den Solidarpakt bis 2019 gemacht wurden. „Damit sagen wir aber auch, dass der Pakt nach 2019 auslaufen soll“, fügte Pofalla hinzu. Zudem will die CDU die Neuverschuldung konsequent zurückführen. Denn nur so lasse sich Generationengerechtigkeit herstellen.

Offene Diskussionspunkte

Als offene Diskussionspunkte nannte der CDU-Generalsekretär die Aufnahme eines Verbots der Neuverschuldung ins Grundgesetz. Diesen Vorschlag habe die „Arbeitsgruppe Finanzen“ unter der Leitung von Thomas Strobl in die Kommissionsarbeit eingebracht. So wohl das „Ob“ als auch das „Wie“ eines Neuverschuldungsverbotes würden „kontrovers diskutiert“. Unter der Leitung von Bernhard Vogel soll eine der insgesamt 19 Arbeitsgruppen Vorschläge entwickeln, wie die CDU in ihrem Grundsatzprogramm

www.cdu.net.de

mit dem Thema „Leitkultur“ umgehen soll.

Die Initiative von Thüringens Ministerpräsident Dieter Altmaier zur Einführung eines „solidarischen Bürgergelds“ bezeichnete der Generalsekretär als „fast revolutionär“. Dieses Konzept verbinde die „Leipziger Vorstellungen aus den Bereichen Gesundheit und Steuern“ mit dem Grundeinkommen und einer damit einhergehenden Reform der sozialen Sicherungssysteme. Würde der Vorschlag realisiert, gebe es „faktisch keine Sozialbürokratie“ mehr. Um diesem Thema inhaltlich gerecht zu werden, kündigte Pofalla eine gemeinsame Sitzung aller be-

se sich die Kommission damit. Allein die acht Leitfragen seien bislang 35.000 mal abgerufen worden. Zu-

dem habe die CDU die Leitfragen an 600 Verbände geschickt, inzwischen gebe es 200 Rückmeldungen.

Pofalla verwies darauf, dass er sich vor kurzem in einem Live-Chat im Mitgliedernetz den Fragen der Basis zur

Grundsatzprogramm-Debatte gestellt habe. Auch dieser Chat werde ausgewertet und in die Programmarbeit einfließen. Dies alles zeige, dass die Kommission alle Möglichkeiten nutze, um mit den Mitgliedern zu sprechen und sie aktiv zu beteiligen. Besonderen Wert legt der Generalsekretär darauf, dass am Ende des Prozesses ein Grundsatzprogramm steht, das „von ganz normalen Menschen gelesen werden kann“. Das neue Programm soll Ende 2007 auf einem Parteitag verabschiedet werden und laut Pofalla für die nächsten 15 bis 20 Jahre gelten.

troffenen Arbeitsgruppen an. Geplant sei hierzu auch ein Symposium.

Beteiligen Sie sich!

Ein besonderes Anliegen ist es Generalsekretär Pofalla, die gesamte Partei an der Grundsatzprogramm-Arbeit zu beteiligen. Zu diesem Zweck würden die Impulspapiere der Kommission vor ihrer Beschlussfassung ins Mitgliedernetz gestellt, damit die Basis auch in den virtuellen Arbeitskreisen an der Diskussion teilnehmen könne. Sobald es von der Partei Rückmeldungen gebe, befas-

Volker Kauder

Stärkster Konjunkturaufschwung seit sechs Jahren

Sechs Monate nach ihrem Frühjahrsgutachten haben die Wirtschaftsweisen ihre Prognose für 2006 um 0,5 Prozentpunkte und für 2007 um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Mit 2,3% fällt damit das Wirtschaftswachstum in Deutschland noch robuster aus als im Frühjahr erwartet. Das ist die zweithöchste Wachstumsrate der vergangenen zehn Jahre.

Besonders positiv ist an dem Befund, dass der Aufschwung neben den weiterhin steigenden Exporten zunehmend von der Nachfrage im Inland getragen wird. Diese Faktoren wirken sich auch positiv auf den Ar-



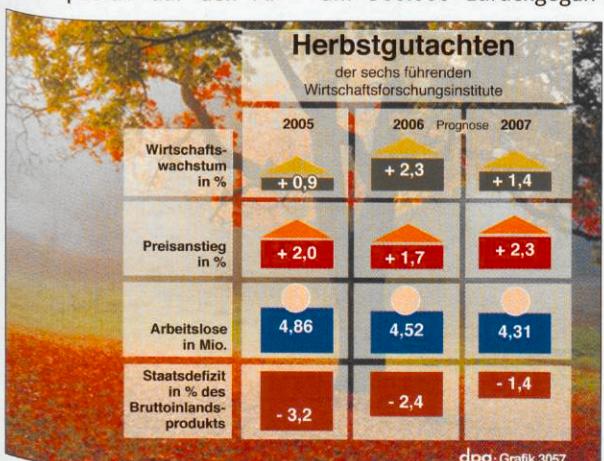
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

beitsmarkt aus. Die Arbeitslosenquote wird dem Gutachten nach im Vergleich zu 2005 von 11,2 Prozent auf 10,2 Prozent und 2007 auf 9,9 Prozent schrumpfen. Seit Jahresbeginn ist damit die Zahl der Arbeitslosen um 300.000 zurückgegan-

gen. Zudem werden nach langer rot-grüner Durststrecke endlich wieder sozialversicherungspflichtige Stellen neu geschaffen.

Durch das gute Wirtschaftswachstum wird bereits in diesem Jahr das von der Bundesregierung mit 2,6 Prozent prognostizierte Defizit unterschritten. Laut Gutachten wird mit einer Neuverschuldung von 2,4 Prozent die Defizitgrenze des EU-Stabilitätspakts eingehalten. Für 2007 prognostiziert das Gutachten, dass das Haushaltsdefizit sogar auf 1,4 Prozent sinken wird.

Die Daten des Herbstgutachtens zeigen, dass die Grundsätze der Union richtig sind: Die Haushaltssanierung und eine richtige Wirtschaftspolitik stimulieren Wachstum und helfen, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Daten zeigen auch, dass die Lage weit besser ist als die Stimmung. Jetzt ist es wichtig, dass wir durch weitere Reformen am Arbeitsmarkt, im Niedriglohnbereich, bei älteren Arbeitslosen sowie bei der Unternehmenssteuerreform zusätzliche Fortschritte machen.



Sicherheitspolitisches Konzept vorgelegt

Das Bundeskabinett hat das „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ verabschiedet.

Das 133 Seiten starke Werk definiert unter anderem die zukünftige innen- und außenpolitische Rolle der Bundeswehr. Es

ist das erste sicherheitspolitische Weißbuch seit 1994.

Die Neuauflage des Weißbuchs wurde notwendig, weil die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus neue sicherheitspolitische Antworten erfordert. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen entwickelt sich auch für Deutschland zu einer potenziellen Gefahr.

„Ich hoffe und wünsche, dass wir eine sicherheitspolitische Diskussion anstoßen,“ sagte Verteidigungsminister Franz Josef Jung. Das Weißbuch gebe einen ersten Impuls für eine breite gesellschaftliche Debatte.

In dem Weißbuch setzt sich die Bundesregierung für eine vorausschauende und langfristig angelegte Sicherheitspolitik ein. Außerdem verfolgt sie das Ziel, zi-



Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung

meine Wehrpflicht habe sich unter wechselnden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen uneingeschränkt bewährt. Die Grundsätze der Inneren Führung blieben leitende Prinzipien für die Bundeswehr.

vile und militärische Instrumente aufeinander abzustimmen. Sicherheit könne weder allein durch Streitkräfte noch rein national gewährleistet werden, heißt es in dem Papier. Staatliche Sicherheitsvorsorge werde künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, wirtschaftlicher, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente erfordern. Das gelte einerseits für die Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien. Aber auch auf internationaler Ebene sei die Kooperation von Nato, Europäischer Union und Vereinten Nationen von diesem multidimensionalen Ansatz geprägt. Die Bundesregierung spricht sich in dem Weißbuch außerdem dafür aus, an der Wehrpflichtarmee festzuhalten. Die allge-

meine Wehrpflicht habe sich unter wechselnden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen uneingeschränkt bewährt. Die Grundsätze der Inneren Führung blieben leitende Prinzipien für die Bundeswehr.

In der Regierungserklärung zum Weißbuch sprach sich Verteidigungsminister Franz Josef Jung erneut für einen Bundeswehreinsatz im Inneren aus. Dafür müssten die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, betonte Jung im Bundestag. Jung unterstrich, niemand wolle die originären Polizeiaufgaben übernehmen und damit das Trennungsgebot im Grundgesetz aufheben. Allerdings müsse man anerkennen, dass es terroristische Bedrohungen gebe, wo die Fähigkeiten der Polizei nicht ausreichten. In solchen Fällen müsse es möglich sein, die Bundeswehr zum Schutz der deutschen Bevölkerung einzusetzen. „Deshalb erachten wir eine verfassungsrechtliche Änderung als notwendig“, sagte Jung.

Ronald Pofalla

Weißbuch – ein Erfolg von Minister Jung

Zur Veröffentlichung des Weißbuchs 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr durch die Bundesregierung erklärt der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla:

Nach zwölf Jahren verfügt Deutschland endlich wieder über eine von der gesamten Bundesregierung gemeinsam getragene sicherheitspolitische Analyse. Das Zustandekommen des neuen Weißbuchs ist vor allem ein Erfolg von Verteidigungsminister Franz Josef Jung. Insbesondere ihm ist es zu danken, dass dies binnen eines Jahres gelungen ist.



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die sicherheitspolitischen Realitäten dramatisch verändert. Neue Risiken und Bedrohungen sind entstanden – internationaler Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungs-

waffen sind nur zwei Stichworte. Die zunehmende Verflechtung Innerer und Äußerer Sicherheit erfordert eine vernetzte nationale Sicherheitsarchitektur. Es ist auch Aufgabe der Politik, diese Tatsachen im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

Das Weißbuch leistet hierzu als Grundlage für eine breite öffentliche Diskussion über sicherheitspolitische Fragen einen wichtigen Beitrag. Ich begrüße auch das klare Bekenntnis der Bundesregierung zur Wehrpflicht, die für die Verteidigung Deutschlands und seiner Bündnispartner auch zukünftig unersetzlich ist.

STICHWORT: WEISBUCH

Ein Weißbuch ist ein zentrales Grundsatzdokument der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschloss Verteidigungsminister Gerhard Schröder, 1969 ein Weißbuch herauszugeben. Zum damaligen Zeitpunkt hatte die Bundeswehr in einer, wie es

heißt, „Selbsterforschung und systematischen Analyse“ einen umfassenden Bericht über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik erstellt.

Hintergrund des Vorhabens war es, den Staatsbürgern in Uniform wie auch jenen in Zivil die Bundeswehr durchsichtiger zu machen. Das Weißbuch diente und dient als sicherheitspolitisches Programm

der Bundesregierung. Die Erläuterung der bundesrepublikanischen Sicherheitspolitik sowie die Darstellung der Lage und der Entwicklung des Bundeswehr waren und sind grundsätzlich die Hauptbestandteile.

Bisher sind Weißbücher in folgenden Jahren erschienen: 1970, 1971/72, 1973/74, 1975/76, 1979, 1983, 1985 und 1994.

Ungarnaufstand 1956

Revolution der Freiheit

Anlässlich einer Gedenkfeier an den Ungarnaufstand 1956 hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Plenum des Europäischen Parlaments erklärt:

Wir gedenken heute des Aufstandes der Bevölkerung in Ungarn vor 50 Jahren, als die Menschen sich verzweifelt gegen eine totalitäre Diktatur erhoben haben. Wir gedenken heute der Ereignisse und der Menschen im Herbst 1956, weil sie es für uns alle getan haben. Sie haben der Idee der Freiheit, des Rechts und der Demokratie Ehre erwiesen. Sie haben die Würde des Menschen verteidigt und gestärkt. Sie haben Würde



Hans-Gert Pöttering

gezeigt noch dort, wo sie von Panzern überrollt wurden. Sie sind für uns alle geflohen, haben für uns alle gelitten und damit für uns alle über Jahre und Jahrzehnte die Erinnerung wach gehalten. Was mit der ersten Grossdemonstration in

Budapest am 23. Oktober 1956 begann und mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen am 4. November 1956 endete, war eine Revolution der Freiheit. Die Menschen in Ungarn haben für Europa gehandelt, sie sind Teil der europäischen Identität. Nichts könnte die Strahlkraft ihrer Ziele besser verdeutlichen als die Tatsache, dass wir heute des ungarischen Volksaufstandes 1956 gedenken und frei gewählte Vertreter des ungarischen Volkes unter uns haben. Ungarns Freiheit ist Europas Freiheit geworden und Europas Freiheit bleibt Garant für Ungarns Freiheit.

UMSTRUKTURIERUNG IM KONRAD-ADENAUER-HAUS

Ulf Leisner ist neuer Stellvertretender Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands. Er übernimmt diese Funktion zusätzlich zu seiner bisherigen Aufgabe, der Leitung des Bereiches „Eventmanagement und Logistik“.

Neuer Leiter des Bereichs „Politische Programme und Analysen“ wird Lutz Stroppe. Der Büroleiter von Bundeskanzler Kohl wech-

selte am 1. November ins Konrad-Adenauer-Haus. Bereits vollzogen ist auch der Aufgabenwechsel zwischen Oliver Röseler, neuer Leiter des Bereichs „Marketing und Interne Kommunikation“, und Stefan Hennewig, der künftig das „Interne Management“ führt. Hennewig verantwortet zudem die neue Arbeitseinheit CRM, Mit-



Ulf Leisner



Lutz Stroppe

gliederbetreuung und Qualifizierung. Röseler übernimmt wie bisher auch die Bund-Länder-Koordination in den Landtagswahlkämpfen.

Annette Schavan

Deutschland braucht Spitzenuniversitäten

Die Wende in der deutschen Wissenschaftspolitik ist eingeleitet. Unser Land ist auf dem Weg zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung.

Die Exzellenzinitiative der deutschen Wissenschaft zielt darauf ab, gleichermaßen Spitzenforschung und die Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Deutschland in der Breite zu fördern. Damit stärkt sie den Wissenschaftsstandort Deutschland und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Leitfragen

Als die Universitäten vor zwei Jahren in dem von Bund und Ländern ausgerufenen Wettbewerb gegeneinander antraten, ging es um drei Leitfragen: Welche Forschungseinrichtungen sind am besten? Wo werden Doktoranden am besten gefördert? Welche Hochschulen haben ein überzeugendes Gesamtkonzept, das sie zu wissenschaftlichen Leuchttürmen macht?

Die beiden Münchener Universitäten und die Uni-



Annette Schavan

Finanzielle Förderung

Im Rahmen der Exzellenzinitiative investieren Bund und Länder bis zum Jahr 2011 insgesamt 1,9 Milliarden Euro. Die Exzellenzcluster zur Förderung der Spitzenforschung werden mit durchschnittlich 6,5 Millionen Euro pro Jahr gefördert, die Graduiertenschulen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit rund einer Million Euro. Zusätzlich wird ein pauschaler Zuschlag in Höhe von 20 Prozent der Fördersumme für indirekte Projektkosten bereitgestellt. Für die dritte Förderlinie, die Zukunftskonzepte der Spitzenuniversitäten, sind je Universität Mittel von durchschnittlich 21 Millionen Euro pro Jahr einschließlich der Förderung in den ersten beiden Förderlinien vorgesehen. Voraussetzung dafür ist, dass eine Hochschule mindestens ein Exzellenzcluster und eine Graduiertenschule vorweisen kann.

Das ist ein wichtiges Signal an unsere Hochschulen für die Stärkung der universitären Forschung. Die Ex-

versität Karlsruhe gingen nun als Eliteuniversitäten aus dem Wettbewerb hervor. Schon vor der Entscheidung am 13. Oktober stand fest, dass der Süden bei den Spitzenuniversitäten die Nase vorn haben wird. Nach der ersten Auswahlrunde waren nur mehr die Konzepte von Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Würzburg und den Münchener Universitäten im Rennen.

Doch das ist längst nicht alles: An insgesamt 31 Standorten wurde Exzellenz festgestellt – nicht nur die angesprochenen Zukunftskonzepte betreffend, sondern auch in Graduiertenschulen oder in Exzellenzclustern. Tatsächlich gewonnen hat die gesamte deutsche Hochschullandschaft.

zellenzinitiative hat an den Hochschulen eine bisher nicht bekannte Dynamik ausgelöst. Zahlreiche exzellente Graduiertenschulen und Exzellenzcluster wurden für eine Förderung vorgeschlagen. Das spricht für die hohe Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen.

Einziges Kriterium für Exzellenz war wissenschaftliche Spitzeneistung. Es ging nicht um regionale Gesichtspunkte oder Proporz. Das verlangte eine gute Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik und die Bereitschaft, sich gemeinsam diesem Kriterium der wissenschaftlichen Exzellenz zu stellen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland haben die eingereichten Vorschläge gewissenhaft begutachtet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Wissenschaftsrates wurden in den Monaten vor der Entscheidung mit Arbeit überhäuft.

Exzellenzinitiative dringend geboten

Das vorliegende Ergebnis bestätigt, dass die Exzellenzinitiative – neben den weite-

ren Initiativen der Länder und des Bundes, zum Beispiel der Pakt für Forschung und Innovation – zur Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland nicht nur richtig, sondern auch dringend geboten war. Deutschland muss attraktiv sein für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Abwanderungszahlen des vergangenen Jahres zeigen uns: Deutschland ist eine Talentschmiede. Aber wir müssen mehr tun, um motivierte junge Frauen und Männer in Deutschland zu halten. Diese Bundesregierung hat das zu ihrem Ziel gemacht. Darüber hinaus muss der Wissenschaftsstandort Deutschland auch für ausländische Wissenschaftler wieder attraktiver werden. Deshalb sollten wir auch nach dem Jahr 2011 die Exzellenzinitiative weiterführen.

Private Förderung von Spitzforschung

Aber staatliche Förderung allein reicht nicht aus, um den Wissenschaftsstandort Deutschland fit zu machen für den globalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe und Talente. Die deutsche Wissenschaft braucht deshalb auch privates Engagement. Mit der

Exzellenzinitiative haben Bund und Länder die Voraussetzungen dafür geschaffen, die private Förderung von Spitzforschung in Deutschland anzusporren. Jetzt sind auch die Unternehmen gefragt, ihren Teil dazu beizutragen. Erste gelungene Ansätze gibt es schon.

Das Ergebnis dieser Runde der Exzellenzinitiative ist ein ausgezeichneter Beginn. Die zweite Runde steht in einem Jahr an. Der Exzellenzwettbewerb ist ein hervorragendes Instrument für die konsequente Modernisierung des Wissenschaftssystems in Deutschland.

Annette Schavan ist stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Neu auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter www.cducsu.de

■ „Die Gesundheitsreform – Mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung, weniger Bürokratie“ (Faltblatt, PDF)

■ „Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen“, Positionspapier der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (PDF)

Neue Wege zu besserem Opferschutz



Andreas Schmidt (1.v.l); Friedrich Merz (2.v.l); Daniela Raab (3.v.l); Siegfried Kauder (4.v.l); Ute Granold (5.v.l); Jürgen Gebh (6.v.l)

Der Rechtspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Jürgen Gebh, und die zuständigen Berichterstatter im Rechtsausschuss, Ute Granold und Siegfried Kauder, sehen nach einem Erfahrungsaustausch mit US-Experten ihren Kurs zur Verbesserung des Opferschutzes bei Menschenhandelsopfern bestätigt:

Menschenhandel und Zwangsprostitution sind globale Herausforderungen für die nationalen Strafverfolgungsbehörden in aller Welt. Internationale Schleppernetzwerke setzen nach Schätzungen der Ermittlungsbehörden über 60 Mrd. Euro pro Jahr um – deutlich mehr als im Drogen- und Waffenhandel. Daher ist eine enge internationale Kooperation der einzige Weg, wie dieser Herausforderung

wirkungsvoll begegnet werden kann. Vor diesem Hintergrund ist der Besuch der US-Delegation ein wichtiger Schritt, um diese Zusammenarbeit zwischen den USA und Deutschland zu intensivieren.

Der Erfahrungsaustausch mit den US-Experten hat einen Einblick in die wertvollen Erfahrungen aus den sehr ambitionierten Opferschutzprogrammen für Menschenhandelsopfer in den USA ermöglicht. Dort ist es für Opfer, die mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren, möglich, ein auf drei Jahre befristetes Visum mit Arbeitserlaubnis und einer umfangreiche soziale Betreuung zu erlangen. Daran schließt sich die Option auf eine Visum-Verlängerung bis hin zur vollständigen Einbürgerung an. Die seit dem Inkrafttreten des Ge-

setzes im Jahr 2000 mit dem Opferschutzprogramm gemachten Erfahrungen wurden als sehr positiv bezeichnet. Der zunächst befürchtete Missbrauch der Regelungen habe sich durch das vorgeschaltete gründliche Prüfungsverfahren nicht bestätigt. Auch die Ermittlungsbehörden seien mit dem neuen Instrument sehr zufrieden, da sich die Kooperationsbereitschaft der Opfer deutlich verbessert habe.

Es ist zu prüfen, inwie weit sich aus dem Treffen Rückschlüsse auf die in Deutschland laufenden Gesetzgebungsverfahren ableiten lassen. So gilt es, die Vorgaben einer EU-Richtlinie über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Menschenhandelsopfer aus Drittstaaten zeitnah in nationales Recht umzusetzen.

Peter Weiß

Rente mit 67 kommt Schritt für Schritt

Ein weiteres wichtiges Reformvorhaben der Großen Koalition nimmt Gestalt an: Die Koalitionsarbeitsgruppe zur Rentenreform hat sich über das Vorhaben „Rente mit 67“ geeinigt. Die Verhandlungen waren von großer Sachlichkeit geprägt. Von daher hat die Arbeitsgruppe ein Beispiel dafür geliefert, wie eine Große Koalition wirklich gut funktionieren und zukunftsweisende Ergebnisse erbringen kann.

In allen Rentenarten wird die bestehende Altersgrenze von 2012 an beginnend mit dem Jahrgang 1947 bis zum Jahr 2029 schrittweise um 2 Jahre angehoben. Von 2012 bis 2023 wird dies in 1-Monats-Schritten und ab 2024 in 2-Monats-Schritten erfolgen. Ab 2029 wird dann die Regelaltersgrenze der Rente bei 67 Jahren liegen.

Frühester Renteneintritt ist trotz der Erhöhung der Regelaltersrente mit 63 Jahren möglich – so wie heute auch, allerdings dann mit den rentenmathematisch gebotenen Abschlägen von 14,4 Prozent.

Die Rentenreform bringt eine Neuerung, die das



Peter Weiß

sogar nur 35 Beitragsjahre zurückgelegt worden sein. Anrechenbar sind neben den Pflichtversicherungsjahren aus Beschäftigung, auch Pflegezeiten und die Zeiten für Kindererziehung. Hierbei werden auch Kinderberücksichtigungszeiten bis zum 10. Lebensjahr des Kindes mit eingeschlossen. Damit wird diese Regelung auch ein Stück mehr Gerechtigkeit für Erziehende schaffen.

In der Koalitionsvereinbarung steht die Rente mit 67 in einem unauflösbar zusammenhang mit der Steigerung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Daher müssen auch die Instrumentarien unter dem Stichwort „Initiative 50+“ in den kommenden Monaten konkreter ausgearbeitet und in Gesetzesform gegossen werden.

Vom Jahr 2010 an hat die Bundesregierung alle vier Jahre den gesetzgebenden Körperschaften über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Be-

deutsche Rentenrecht bislang so nicht hatte. Langjährige Versicherte profitieren durch zwei Sonderregelungen, mit denen gleichzeitig den besonderen Belastungen älterer Arbeitnehmer entsprochen wird: Versicherte mit 45 Beitragsjahren können auch weiterhin bereits mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Das Referenzalter für die Anspruchnahme einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder einer Hinterbliebenenrente wird zwar auf 65 Jahre angehoben, aber Versicherte mit 40 Beitragsjahren können weiterhin mit den Abschlägen nach altem Recht in Erwerbsminderungsrente gehen. In den ersten Jahren der Anhebung der Regelaltersgrenze bis 2023 müssen

rücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können. So wird der notwendige öffentliche Druck aufgebaut, damit in Deutschland in den kommenden Jahren die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer deutlich ansteigt.

Die Koalition hat zudem festgelegt, dass nicht realisierte Wirkungen des Nachhaltigkeitsfaktors und des Altersvorsorgefaktors (Riesertenrenten-Faktor) bei spä-

teren Rentenerhöhungen nachgeholt werden sollen. Diese Faktoren waren in der rot-grünen Regierungszeit unter den Ministern Riester und Schmidt eingeführt worden. Derzeit sind insgesamt 3,6 Prozentpunkte „nachzuholen“.

Im Rahmen der Gesetzgebung zur „Rente mit 67“ sollen die gesetzlichen Grundlagen für dieses Nachholen geschaffen werden. Gesetzestechisch nennt sich dies „modifizierte Schutzklausel“.

Diese modifizierte Schutzklausel wird ab 2011 wirken, indem die Hälfte einer möglichen Rentenerhöhung für

das „Nachholen“ eingesetzt wird. Damit ist klargestellt, dass dieser Vorgang nicht zu ständigen Nullrunden bei der Rente führt. Das war eine Befürchtung bei vielen Rentnerinnen und Rentnern, die wir jetzt aus der Welt schaffen. Je nach Lohnerhöhungen in den Jahren ab 2010 wird so das „Nachholen“ relativ schnell oder eher langsam vollzogen. Wichtig ist jedoch: Es wird trotz dieser Neuregelung wieder Rentenerhöhungen geben können.

Peter Weiß ist der Berichterstatter Altersvorsorge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

JOCHEN-KONRAD FROMME IM AMT BESTÄTIGT

Jochen-Konrad Fromme ist einstimmig von der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der Bundestagsfraktion im Amt des Vorsitzenden bestätigt worden.

Ebenfalls einstimmig wurden die Abgeordneten Klaus Brähmig, Susanne Jaffke und Stephan Mayer zu stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe gewählt. Jochen-Konrad Fromme dankte für den Vertrauensbeweis, der als Stärkung seiner Position für Verhandlungen mit dem Koalitionspartner und mit

Partnern im Ausland über die Anliegen der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten zu verstehen sei. So seien gute Erfolge im Bereich der Kulturarbeit festzustellen, wo in diesem und im nächsten Jahr 1 Mio. € mehr zu Verfügung stehen, als unter der alten Bundesregierung. Jetzt gehe es vor allem darum, in der Ausgestaltung der Arbeit weitere Verbesserungen zu erzielen. Bei der Schaffung des



Jochen-Konrad Fromme

im Koalitionsvertrag vereinbarten „sichtbaren Zeichens“ in Berlin zur Aufarbeitung der Vertreibungs geschichte sollen die Positionen der

Union für ein Zentrum gegen Vertreibungen verwirklicht werden. Sehr am Herzen liegt Fromme, bei der Frage des Familien nachzuges der Spätaussiedler zu einer verbesserten Regelung zu kommen, die den Grundsätzen von Ehe und Familie in stärkem Maße gerecht werden.

Reform der Erbschaftsteuer auf dem Weg

Die Fraktion der CDU/CSU begrüßt den im Kabinett beschlossenen Entwurf zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge.

Jährlich stehen zahlreiche Unternehmen vor einem Generationswechsel. Das Institut für Mittelstandsforchung geht von rund 70.000 Unternehmen mit rund 680.000 Beschäftigten aus. Mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf werden diese Unternehmen den Generationswechsel ohne Beeinträchtigung durch Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer vollziehen und so weiter einen wichtigen Beitrag für Wachstum und Beschäftigung leisten können. Damit setzen wir Vorgaben des Koalitionsvertrages um, für die sich die Union im Rahmen der Koalitionsverhandlungen eingesetzt hatte:

Zum Erhalt von Arbeitsplätzen soll hinsichtlich des produktiven Vermögens wie z.B. Maschinen für jedes Jahr der Unternehmensfortführung die auf das übertragende Unternehmen entfallende Erbschaftsteuerschuld reduziert werden und ganz entfallen, wenn das Unternehmen mindestens zehn



Otto Bernhardt

Jahre nach Übergabe fortgeführt wird.

Voraussetzung für diese sog. Abarbeitungsregelung wird sein, dass das Unternehmen in einem dem Gesamtbild der wirtschaftlichen Verhältnisse vergleichbaren Umfang fortgeführt wird. Diese „atmende“ Arbeitsplatzklausel wird den betriebswirtschaftlichen Realitäten gerecht und konnte seitens der Union gegenüber einer starren Arbeitsplatzklausel, die allein auf die Anzahl der Arbeitsplätze abstellt, durchgesetzt werden.

Aber auch in weiteren Punkten trägt der Gesetzentwurf die Handschrift der Union: Zunächst ist hervorzuheben, dass die in den Gesetzentwürfen der vergangenen Legislaturperiode vorgesehene Obergrenze von 100 Mio. Euro entfällt. Darüber hinaus soll bei der Frage der erforderlichen

Mindestbeteiligungsquote bei Kapitalgesellschaften von mehr als 25 Prozent nicht – wie zunächst vorgesehen – auf den Erblasser/Schenker abgestellt werden; dabei soll eine geringere Beteiligungsquote genügen, wenn die Gesellschafter unwiderruflich verpflichtet sind, über ihre Anteile einheitlich zu verfügen. Des Weiteren wird es eine Freigrenze von 100.000 Euro für Betriebsvermögen geben sowie die Möglichkeit, betriebliche Schulden beim nicht begünstigten Betriebsvermögen vollständig in Ansatz bringen zu können. Auch wird Unternehmensvermögen in anderen EU-Staaten und Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums einbezogen.

Besonders zu begrüßen ist auch, dass die Erleichterungen bei der Unternehmensnachfolge – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – zum 1. Januar 2007 in Kraft treten können. Auch wenn der Gesetzentwurf dieses Jahr nicht mehr verabschiedet werden kann, so können diese begünstigten Regelungen dennoch zum 1. Januar 2007 wirksam werden. Der Gesetzentwurf räumt den betroffenen Unternehmen ein entsprechendes Antragsrecht auf eine rück-

wirkende Anwendung der neuen Regelung ein.

Die Unternehmensnachfolge wird künftig leichter sein und insbesondere unsere mittelständischen Unternehmen entlasten!

Otto Bernhardt ist der finanzpolitische Fraktions- sprecher.



Ilse Aigner

Dynamik der Exzellenzinitiative weitertragen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zum Exzellenzwettbewerb als wissenschaftsgeleiteten Prozess. Das Auswahlverfahren stimmt im Grundsatz.

Politische Einflussnahme auf das Auswahlverfahren selbst wäre fehl am Platz. Es muss aber transparent sein und in Zukunft auch richtig von der Wissenschaft in die Politik kommuniziert werden.

Der Wettbewerb ist in der Wissenschaft hoch akzeptiert. Das zeigen 261 Anträge, die schon für die zweite Runde vorliegen.

Die Exzellenzinitiative macht Spitzenleistungen in der deutschen Wissenschaft international sichtbar. Es war eine richtige Entscheidung, mehr als die Hälfte der Gutachter aus dem Ausland zu holen. Sie transpor-

tieren die Botschaft Exzellenz aus Deutschland rund um den Globus.

Der Wettbewerb hat eine große Dynamik in den deutschen Universitäten ausgelöst. Diese Dynamik kann nur erhalten bleiben, wenn der Wettbewerb verstetigt wird und die eine echte Chance bekommen, die in der ersten Runde nicht zum Zuge gekommen sind. Die Länder sollten deshalb gute Anträge auf entwicklungs-fähige Cluster und Projekte nun in Eigenregie weiter verfolgen. Sie mussten damit rechnen, dass die Anträge der Hochschulen erfolgreich sein würden und dürften insofern die Ko-Finanzierungsmittel eingeplant haben. Diese sollten sie nun dazu verwenden, ihren Hochschulen bei der Profilbildung und der Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu helfen. Die Frage der Entwickelung der Hochschulen

kann nur von der Basis heraus beantwortet werden und nicht von oben herab über die Kriterien des Spitzenswettbewerbs gelöst werden.

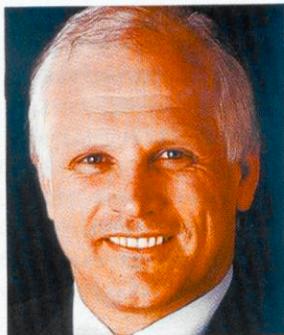
Ilse Aigner ist die bildungs- und forschungspolitische Fraktionssprecherin.

Klares Bekenntnis zu Biokraftstoffen

In den letzten Verhandlungen zum Biokraftstoffquotengesetz wurden noch einige substantielle Verbesserungen für die Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen erzielt.

Die so genannte „fiktive Quote“, d.h. die zusätzliche Besteuerung von reinen Biokraftstoffen, wurde abgeschafft. Es bleibt bei den im Rahmen des Energiesteuergesetzes vereinbarten Steuerstufen. Des Weiteren wurden die Sanktionen für die Nichterfüllung der Beimischungsverpflichtung erhöht. Es wird sich zeigen, ob die Sanktionen ausreichen oder ob hier nachkorrigiert werden muss.

Die Erhöhung der Gesamtquote auf bis zu acht Prozent im Jahr 2015 setzt ein klares Zeichen für die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten für Biokraftstoffe in Deutschland.



Peter Bleser



Johannes Röring



Joachim Pfeiffer

Der Kompromiss enthält aber neben Licht auch Schatten. So sind Biokraftstoffe aus tierischen Materialien nicht mehr steuerbegünstigt und können auch nicht im Rahmen der Quote beige mischt werden. Durch den Ausschluss dieses Verwertungsweges werden Landwirtschaft und Kommunen mit zusätzlichen Kosten belastet.

Insgesamt ist der Kompromiss jedoch zu begrüßen. Die Biokraftstoffe haben eine klare Perspektive.

Mit Blick auf die Rohstoffversorgung werden wir uns auf europäischer Ebene für eine Abschaffung der Stilllegungsverpflichtung einsetzen

Peter Bleser ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Bundestagsfraktion, **Johannes Röring** ist der zuständige Berichterstatter.

Faktion steht hinter den Glos-Plänen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt den Bundeswirtschaftsminister ausdrücklich bei seinen Plänen, die Kartellaufsicht im Energiemarkt zu verschärfen.

Wenn die Preisgenehmigung der allgemeinen Tarife zum 1. Juli 2007 – wie von der Union gewollt – entfällt, kommt der Missbrauchsaufsicht durch die Kartellämter ein noch höherer Stellenwert zu.

Marktmissbrauch dominierender Unternehmen durch den Staat zu unterbinden ist ein marktkonformes Mittel und in der aktuellen Situation die richtige Ergänzung zur Netzregulierung um den Wettbewerb zu fördern. Bislang erwiesen sich aber die Regelungen im Gesetz zur Wett-

bewerbsbeschränkung als stumpfes Schwert. Korrekturen sind dringend erforderlich und werden vom Wirtschaftsministerium richtigerweise vorangebracht.

Im Stromsektor ist der Wettbewerb nach einer dynamischen Anfangsphase nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Im Kraftwerksbereich dominieren vier Unternehmen 90 Prozent des Marktes. Bis neue Kraftwerkskapazitäten die Liquidität am Markt erhöhen, werden noch einige Jahre vergehen. Erleichterte Missbrauchsverfahren sind erforderlich, solange sich der Wettbewerb im Strom- und Erdgasmarkt noch nicht voll entfaltet hat.

Joachim Pfeiffer ist der Koordinator in Energiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag.

CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**
Preis je **Stück: 7,70 €**
inkl. MwSt.: 8,93 €

**Taschentücher „Freiheit für alle Nasen“**

Bestell-Nummer: **9637**
Preis je **144 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €

**Vitaminbonbons**

3g Minibonbon

Bestell-Nummer: **9177**
Preis je **1 kg (ca. 333 Bonbons): 8,00 €**
inkl. MwSt.: 8,56 €

**Pfefferminztabletten „FU“**

Bestell-Nummer: **9095**
1 kg ca. **333 Stück: 18,00 €**
inkl. MwSt.: 20,88 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Regenschirm Super-Mini von Samsonite „Senioren-Union“

Bestell-Nummer: **9240**
Preis je **Stück: 9,50 €**
inkl. MwSt.: 11,02 €



Pfefferminzriegel „Senioren-Union“

Bestell-Nummer: **9242**
Preis je **50 Stück: 14,50 €**
inkl. MwSt.: 16,82 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 05241-8094165
E-Mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Nutzen Sie auch unseren
E-Shop unter
www.cdunet.de